



BürgerInnenbrief

13. August 2012

DIE LINKE. Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

KdU-Senkung & Wohnungsverlust +++ Milliardäre +++ Bettelampeln +++ Gegen Karo Viertel- & St. Georg-Ausverkauf

KdU-Senkung – Wohnungsverlust droht!

Von Tim Golke



SPD-Frage von 1997 in Hamburg ... (Foto: dpa)

Auf Initiative der Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE hat der Senat die bis dahin überalterten Fachanweisungen zu § 22 Sozialgesetzbuch (SGB) II und § 35 SGB XII an den Mietenspiegel 2011 angepasst. Im Zuge dieser Anpassung wurde jedoch deutlich, dass sich keine Verbesserung der Situation der von Hartz IV und Sozialhilfe betroffenen Menschen ergibt, sondern dass diese durch den Wegfall der Berücksichtigung der Baualterklassen des Mietenspiegels noch verschärft wurde. Hilfe schien der Senat nicht im Sinn gehabt zu haben: Unabhängig vom Baujahr der Wohnung stehen einem/einer Alleinstehenden nur noch 327 Euro statt bisher bis zu 382,50 Euro für eine ab 1994 gebaute Wohnung zur Deckung der Kaltmiete zur Verfügung. Ob solche Wohnungen überhaupt auf dem Wohnungsmarkt verfügbar sind, ist tunlichst anzuzwei-

feldn, der Senat habe sich »im Übrigen hiermit nicht befasst«, heißt es in seiner Antwort auf meine Kleine Anfrage (Drucksache 20/4631 vom 3.7.2012). Es ist also nötig, dem Senat hier Nachhilfe zu erteilen. Die durchschnittlichen Kosten der Unterkunft (KdU) im SGB II werden durch die Bundesagentur für Arbeit ermittelt. Nach der entsprechenden Statistik, Stand März 2012, betragen die tatsächlichen Wohnungskosten bei Einpersonenhaushalten 6,95 Euro je Quadratmeter kalt, die anerkannten noch 6,68 Euro/qm. Von der Freien und Hansestadt Hamburg bekommen diese Haushalte jedoch nur 6,54 Euro/qm, in einer der teuersten Städte Deutschlands!

So ist das aktuelle Ansteigen von so genannten Kostensenkungsaufforderungen nichts anderes als ein Tarnbegriff für die Verpflichtung des/der Betroffenen, sich entweder eine

»angemessene«, günstigere Wohnung zu suchen oder den nicht »angemessenen« Teil der Miete aus dem persönlichen Regelsatz zu finanzieren. Vor der Erneuerung der Fachanweisung zum 1. April 2012 waren zuletzt im März 2012 noch sieben Kostensenkungsaufforderungen ergangen. Im Mai waren es dann schon wieder 123. Hier wird deutlich: Der Senat will niemandem helfen, sondern lediglich die Kosten für Hilfebedürftige weiter senken. Was im Übrigen nicht wirklich überrascht, sitzen im Hamburger Senat doch einige Architekten der Hartz-Gesetze, flankiert vom Jobcenter, das diesen Kurs willfährig unterstützt.

Die erzielten Einsparungen richten sich gegen die Betroffenen ausgerechnet in einer Situation, in der es auf dem Hamburger Wohnungsmarkt immer teurer wird. Aus dem nunmehr auch schon wieder ein dreiviertel Jahr alten Mietenspiegel

2011 geht hervor, dass die Durchschnittsmiete bei Neuvermietungen 7,15 Euro/qm Kaltmiete beträgt. Wohnungen zu günstigeren Konditionen sind entweder belegt (z.B. bei Genossenschaften, die teilweise sogar ihre Wartelisten geschlossen haben) oder für EmpfängerInnen von Leistungen des SGB II und SGB XII schlicht nicht zu erlangen, weil sie aufgrund ihres Leistungsbezugs Diskriminierungen ausgesetzt sind.

Auf diese Weise werden diese Menschen nicht nur aus ihrem teils langjährigen Wohnumfeld vertrieben, sondern womöglich sogar gezwungen, Hamburg zu verlassen. Der eingeschlagene Kurs macht deutlich, dass der Senat nicht daran interessiert ist, alle BürgerInnen dieser Stadt wirklich angemessen zu vertreten. Arme Menschen, die aus der Perspektive des Senats nichts als Kosten verursachen, sollen der Stadt am besten den Rücken kehren.

Milliardärsfamilie auf Schnäppchenjagd

Von Joachim Bischoff



Eliten-Interessen - Demo 2010 (Foto: Michael Joho)

»Die Holding der Kaffee-Milliardäre Herz, die Aktiengesellschaft Maxingvest, zieht in die Speicherstadt und erhält einen Vertrag bis 2089.« (Hamburger Abendblatt vom 28.7.2012) Was ist daran interessant?

Dieser Mietvertrag beschäftigte die Kommission für Bodenordnung, aus der in der Regel nur summarische, nichtssagende Berichte an die Bürgerschaft kommen. Weil hier Informationen in Gesamtzahlen versteckt werden, kann es weder eine parlamentarische Debatte noch Kontrolle geben. Es handelt sich um eine der Zonen außerhalb des demokratischen Sektors unserer Stadtgesellschaft. Mehrfach hat die Linksfraktion eine Beteiligung an dieser Kommission für die Stadtentwicklung beantragt und ist - letztlich in namentlicher Abstimmung - in wechselnden Koalition von CDU, GAL und SPD

- abgeschmettert worden. Warum spielt ein Beteiligter Protokolle und Informationen der Hamburger Öffentlichkeit zu? Weil dieser »einfache Immobilienvertrag« ein Licht auf das gute und vernünftige Regieren in dieser Stadt wirft. Der Vertrag ist noch nicht unterzeichnet und daher soll - gleichsam als politische Notbremse - die Öffentlichkeit einspringen. Einige Aspekte sollen herausgegriffen werden:

1. Der Mietvertrag für dieses Objekt (1.400 qm) in der Speicherstadt ist gemessen an den sonstigen Mieten günstig: gut 9 Euro pro Quadratmeter. Immerhin wird diese niedrige Miete für die klammen Staatskassen versüßt mit einer Einmalzahlung von 1,5 Mio. Euro und einer Mindestinvestition von 10 Mio. Euro. Selbst wenn man diese »Zusatzzahlungen« in die monatliche Mietbelastung umlegt und mit

den »ortsüblichen« Mieten in der Speicherstadt und Hafencity vergleicht, dann kommt die Unternehmensholding bei diesem Deal enorm günstig davon.

2. Es gibt keinen vergleichbaren Fall eines Dauernutzungsrechtes. Entscheidend ist die Auffassung der sozialdemokratischen Mehrheitsfraktion: Es sei von großer Wichtigkeit (für die Unternehmenslandschaft und die Arbeitsplätze), dass der Unternehmenssitz von Maxingvest tatsächlich an den neuen Standort verlagert werde und langfristig dort bestehen bleibe.
3. Maxingvest ist nicht irgendeine Firma. Die Aktiengesellschaft der Familie Herz hält 100 Prozent an Tchibo und mehr als 50 Prozent der Stimmrechte an Beiersdorf. Die Herz-Familie ist also ein Schwergewicht in der Hamburger Wirtschaft, nicht nur vom Pferdesport her gesehen, sondern auch von den Unternehmensbeteiligungen: 1965 hinterlässt Max Herz die Tchibo GmbH, eine Frau, fünf Kinder und ein Testament, das die Firmennachfolge nicht regelt. Die Söhne Günter und Michael führen den Konzern weiter. Zunächst leitet der älteste Sohn Günter Herz erfolgreich das Unternehmen, ehe seine Geschwister den Vertrag nicht mehr verlängern. Die dauernden Familienstreitigkeiten eskalieren 2001, und Günter Herz legt den Vorstandsvorsitz auf Druck seiner drei Brüder nieder. Er und seine Schwester Daniela lassen sich auszahlen. Die Geschwister Joachim, Michael und Wolfgang sowie die Mutter Ingeburg sind seit 2003 alleinige Eigner des Konzerns und benennen ihn 2007 in Maxingvest um. Der familieninterne Zwist setzt sich jedoch zwischen Joachim einerseits und Wolfgang und Michael andererseits fort, bis Joachim im Mai 2008 Opfer eines Badeunfalls in den USA wird. Seine Anteile gehen an eine gemeinnützige Stiftung über.

Der Konzern Maxingvest hält neben der 100%-Beteiligung an Tchibo 56,06% des Nivea-Herstellers Beiersdorf. Außerdem gehören zum Konzern die Firmen Libri, Blume 2000 und Books on Demand. An der Familienholding halten Wolfgang und Michael Herz jeweils 35%, ihre Mutter Ingeburg und deren Max und Ingeburg Herz Stiftung 12,5% sowie die Joachim-Herz-Stiftung 17,5% der Anteile.

Unter dem Dach der Holding Maxingvest agieren die fünf Unternehmen wie bisher selbständig. Der Konzern weist eine Eigenkapitalquote von mehr als 60% aus. Alle Unternehmen zusammen beschäftigen weltweit mehr als 31.000 Menschen, davon fast die Hälfte in Deutschland. Mit Tchibo, Beiersdorf und Tesa hat Maxingvest 2010 knapp 9,6 Milliarden Euro Erlöst, nach 8,9 Milliarden 2009. Der Gewinn betrug 554 (412) Millionen Euro, die Mitarbeiterzahl 31.487. Maxingvest hat knapp 2,5 Milliarden Euro auf der hohen Kante. Die Mitglieder der Familie Herz zählen zu den reichsten Deutschen.

4. Die Stadt begrüßt das geplante Grundstücksgeschäft. »Aufgrund des hohen Interesses der Stadt an einer Sanierung und langfristigen Nutzung des Gebäudes und der Bereitschaft des Investors, die Sanierungskosten zu übernehmen, hat der sich Senat erst- und einmalig für eine langfristige Bindung entschieden.« Damit solle außerdem die Bindung eines großen Unternehmens im Sinne einer Wirtschaftsförderung an den Standort Hamburg gestärkt werden.

Diese etwas kryptische Aussage übersetzt das Abendblatt in folgende Schlussbemerkung: vielleicht »ein spätes Dankeschön: Schließlich war es 2003 auch die Familie Herz, die durch ihre Investition in Beiersdorf-Aktien einen Verkauf und damit eine Zerschlagung des Nivea-Herstellers verhinderte.«

Veranstaltungs-Tipps und Hinweise

Die Initiativen der Schanze laden für **Samstag, den 18. August**, zur ganztägigen (10 bis 18 Uhr) Stadtteilversammlung auf die Brammerfläche (Max-Brauer-Allee zwischen Schulterblatt, Lippmannstraße, Bahndamm) ein. **»Schanze selberrmachen«** lautet das Motto: Es geht darum, »gemeinsam darüber nachzudenken und rumzureden, wie wir in der Schanze in den nächsten Jahren zurecht kommen wollen«. Stadtteilplanung von unten also.



Foto: Martin Musiol

Eine Woche später wird gefeiert: Das **Schanzenfest** findet am **Samstag, den 25. August**, statt. Politisch, wie es seine MacherInnen immer verstanden haben, stehen 2012 die Proteste und sozialen Bewegungen in Griechenland im Mittelpunkt. »Mit dem Fest soll Solidarität gezeigt und Geld gesammelt werden zur Unterstützung von antirassistischen Bewegungen und für Menschen, die dort von Repression betroffen oder in Haft sind.«

Altonas Initiativenwelt ist seit vielen Monaten schwer und vielfältig am Kämpfen, nicht nur, weil mit den Planungen für eine »Neue Mitte Altona« das zweitgrößte Bauvorhaben Hamburgs nach der HafenCity dräut, sondern auch an vielen Brennpunkten Widerstand Not tut. Gerade sind gut 300 Unterschriften unter einem Offenen Brief gegen den Abriss der Gründerzeithäuser Breite Straße 114/116 beim Bezirk eingereicht worden. Und am **Samstag, den 1. September**, wird groß gefeiert: Das **Sommerfest** findet in der Harkortstraße statt – also mitten im Planungsgebiet –, um die Entwicklung Altonas nicht den Investoren, der Politik und Verwaltung zu überlassen, sondern deutlich zu machen, dass der Stadtteil vor allem Sache der hier lebenden und arbeitenden Menschen ist.

Die diesjährige **Anti-Kriegsdemonstration** des Hamburger Forums am **Samstag, 1. September**, endet auf dem Kemal-Altun-Platz bzw. im Bereich der Großen Brunnenstraße/Reitbahn in Altona, wo nach der Abschlusskundgebung um 14 Uhr ein **internationales Friedens- und Freundschaftsfest** stattfindet. Nicht zufällig an diesem Ort, weil der Senat die seit 30 Jahren übliche Benennung des Platzes nach einem frühen Opfer der bundesdeutschen Abschiebepaxis gegen die Stimmen der Altonaer SPD, GAL und der LINKEN aushebeln will.

Unter den Fittichen der Lawaetz-Stiftung hat sich in den letzten drei Jahren ein **Netzwerk Hamburger Stadtteilbeiräte** zusammengefunden, das sich im mehrmonatigen Rhythmus trifft, das nächste Mal am **Dienstag, den 4. September**, um 19 Uhr im St. Georger Schorsch (Kirchenweg 20). Thema ist diesmal u.a. die Frage, wie die allenthalben auslaufenden Mitwirkungs-gremien (Sanierungs- und Stadtteilbeiräte etc.) erhalten werden können.

»**Fraktion vor Ort**« heißt es bei den Stadtteilgruppen Barmbek und Ohlsdorf/Langenhorn der LINKEN am **Donnerstag, den 6. September**, voraussichtlich um 18 Uhr im Barmbek Basch-Zentrum, Wohldorfer Straße 30. Thema des Abends ist der Wohnungsbau und BürgerInnenbeteiligung, mit dabei ist Heike Sudmann.

Im Rahmen des Bundeskongresses »Soziale Arbeit« organisiert der gewerkschaftliche Kulturverein Be60 am **Donnerstag, den 13.9.**, um 19.30 Uhr im Audimax der Universität (Von-Melle-Park) die szenische Lesung **Glück kann nicht sparsam sein**. Der Aufführung liegt das Werk »Der Geldkomplex« von Franziska zu Reventlow zu Grunde, beteiligt sind Pheline Roggan, Denis Moschitto und Thomas Ebermann. Der Eintritt ist frei, dennoch sollten Interessierte sich schon vorher Karten in der Büchergilde (Besenbinderhof 60) besorgen.



Kaum gegründet, geht das **bundesweite Bündnis »umFAIRteilen«** bereits in die Offensive. Am **29. September** wird es **vier große Demonstrationen** in Berlin, Frankfurt, Köln und Hamburg sowie etliche weitere Aktionen an anderen Orten geben, die öffentlichen Druck machen sollen für eine stärkere Besteuerung der Reichen. Dazu im nächsten BürgerInnenbrief mehr, hier erst einmal der Link <http://umfairteilen.de/start/aktionen/hamburg/>.

Für alle am Wohnungsbau Interessierten ist der im Juni vorgelegte **»Jahresbericht 2011« der Hamburgischen Wohnungsbaukreditanstalt** sozusagen Pflichtlektüre. Hier finden sich Zahlen und Einschätzungen u.a. zum geförderten Wohnungsbau, zu Modernisierungen und zu Bindungen. Am schnellsten anzusteuern unter http://www.wk-hamburg.de/fileadmin/pdf/aktuelles/jahresberichte/Jahresbericht_2011.pdf.

Es lohnt immer mal wieder ein Blick auf die Internetseiten des **Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein**, finden sich hier doch harte Fakten, die die Armut in Hamburg und verschiedene Aspekte der Bevölkerungs- und Stadtentwicklung verdeutlichen. Die jüngste Ausgabe von »Statistik informiert« vom 3. August führt z.B. an, dass am Jahresende 2011 fast 6% (= 19.730 Männer und Frauen) der über 64-Jährigen auf Grundsicherungsleistungen angewiesen waren, 6% mehr als ein Jahr zuvor, 29% Steigerung gegenüber 2006. Die Altersarmut wächst also sprunghaft an, Hartz IV und die langsame Zerschlagung des sozialen Sicherungssystems lassen grüßen. Besonders auch für die Stadtteilarbeit zu nutzen ist die Ausgabe vom 31. Juli. Auf acht Seiten gibt es geballte Informationen zur **Struktur der Hamburger Haushalte**. Daraus ergibt sich z.B., dass zum Jahresanfang durchschnittlich 53,6% Singlehaushalte waren, im Bezirk Mitte 57,4% und in Nord sogar 63,1%, in Bergedorf dagegen nur 40,9%. Neben der Zunahme der kleineren Haushalte setzt sich auch der Trend zu »weniger Kindern« fort. Alles zu finden unter <http://www.statistik-nord.de/publikationen/publikationen/presseinformationen/>.

Seit dem 20. Juni ist die ständige Ausstellung im **Museum für Hamburgische Geschichte** (Holstenwall 24) in einem Rutsch zu durchlaufen, die »von der Hammaburg bis zur Elbphilharmonie« führt. In vier inszenierten Räumen geht es um den **Taktgeber Hafen – Hamburgs Stadtentwicklung im 20. Jahrhundert**.

Wer sich ein anschauliches Bild von der Rolle des Hafens in der Geschichte und die Zusammenhänge zur Stadtentwicklung machen will, findet hier reichlich Anregungen, u.a. das riesige Stadt- und Hafenmodell aus dem Jahre 1929. Das Museum ist dienstags bis samstags von 10 bis 17 Uhr, sonntags bis 18 Uhr geöffnet. Der Eintritt beträgt für Erwachsene 8 Euro, ermäßigt/für Gruppen pro Person 5 Euro.



Foto: hamburgmuseum

Eine interessante Studie hat das Berliner Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH (IfS) Ende 2011 herausgegeben. Im Auftrag des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge in Kooperation mit den Hamburger Behörden für Stadtentwicklung und Soziales haben sich Reinhard Aehnelt, Kristin Schwarze (beide IfS) und Emilija Mitrovic aus Hamburg mit der Partizipation vor Ort beschäftigt. Im Mittelpunkt des 250 Seiten starken Werks steht die Untersuchung fördernder und hemmender **Faktoren für das Engagement von MigrantInnen in Hamburg**, dazu wurden ca. 270 hiesige Migrantinnenorganisationen befragt. Herunterzuladen ist die Arbeit unter <http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Studien/2012-partizipation-vor-ort.html>.

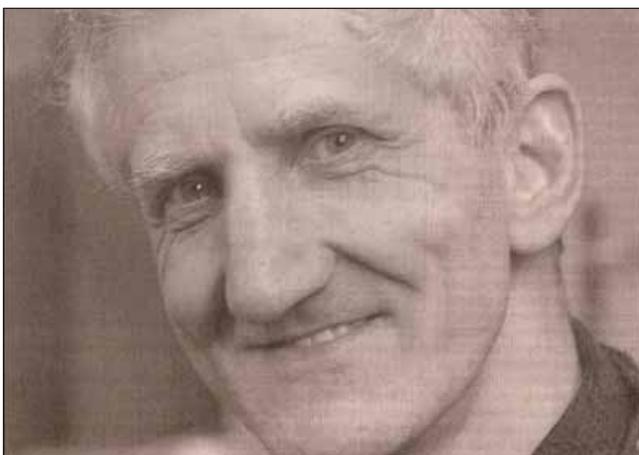


Foto: taz-archiv

Am 16. Oktober 2006 verstarb **Holger Hanisch**, vielen HamburgerInnen bekannt als Gründer und unermüdlicher Spendensammler für das »CaFée mit Herz« 2000 sowie Organisator des »1. Hamburger Bettlermarsches« 2002. Sein Freund Peter Gutzeit komponierte nach Rücksprache mit Holger für den 6. Bettlermarsch 2005 die erste Fassung des **Songs »CaFée mit Herz«**, der jetzt von der »Gruppe Gutzeit« mit neuem Text versehen und als Musikvideo veröffentlicht wurde. Zu sehen und zu hören ist die wunderbare musikalische Hommage an einen der Vorkämpfer gegen die Obdachlosigkeit und Armut unter <http://youtu.be/jeyovbBWeH4>.

(Fast-)Liebeserklärung an die Linkspartei

von Raul Zelik



Foto: Kay Itting

Anfang Juli ist Raul Zelik, Professor für Politik an der Nationaluniversität Kolumbiens und Schriftsteller, in die LINKE eingetreten. Ein aufmunternder Schritt in stürmischen Zeiten, die die Partei in den vergangenen Monaten durchlebt hat. Wegen seiner ungewöhnlichen Sicht auf die Dinge nehmen wir hier seine Begründung in vollständiger Fassung gerne auf.

Ich bin in dieser Woche der LINKEN beigetreten. Um diese Entscheidung zu begründen, muss ich zunächst mal erklären, warum mich Parteien in 30 Jahren politischen Aktivismus bislang wenig interessiert haben.

Als politisch denkender Mensch lernt man schnell, dass die Zusammensetzung von Regierungen und Parlamenten für politische Entscheidungsprozesse in einer Gesellschaft oft völlig bedeutungslos ist. Der keynesianische Wohlfahrtsstaat wurde von Konservativen in Frankreich ganz ähnlich »gestaltet« wie von deutschen Sozialdemokraten.

Die Sozialisten Spaniens und Portugals sorgten nach dem Sturz der Diktatur Mitte der Siebziger nicht etwa für einen Linksruck in ihren Gesellschaften, sondern für eine Modernisierung ihrer Länder im Sinne der Eliten. Auch Großbritanniens New Labour stand in den Neunzigern eher für neoliberale Kontinuität denn für den politischen Wechsel. Und in Deutschland schließlich war es eine Mitte-Links-Regierung, die die wichtigsten rechten Reformen – Demontage des Sozialstaats und Kriegseinsätze – durchgesetzt hat. Der CDU wäre das schwerer gefallen; sie hätte größere soziale Widerstände zu überwinden gehabt.

Offensichtlich beeinflussen Parlamentsmehrheiten und Regierungen herrschende Politik also weniger, als gemeinhin angenommen wird. Das bedeutet im Umkehrschluss: Parlamentarische Politik kann niemals Kern eines emanzipatorischen Projekts sein, Veränderung muss gesellschaftlich durchgesetzt werden.

Das ist aber nicht das einzige Problem in diesem Zusammenhang. Berufspolitik und Parlamentarismus sind außerdem von institutionellen Assimilationskräften geprägt, die gesellschaftlicher Emanzipation diametral entgegenwirken. Hauptberufliche Repräsentation schafft bei Funktionsträgern, zumindest tendenziell, ein ökonomisches Interesse an der Aufrechterhaltung bestehender Politikformen. Der Soziologe Robert Michels hat das Anfang des 20. Jahrhunderts in einer Studie über die Vorkriegs-SPD postuliert: Führungsgruppen, die aus einer einfachen Arbeitsteilung entstehen, entwickeln eigene Macht- und Klientelkalküle. Die »Entfernung der Politik von den WählerInnen«, über die heute so laut lamentiert wird, ist dem bürgerlich-parlamentarischen System deshalb logisch eingeschrieben. Am Ende transformieren nicht die Reformer das System, sondern das System die Veränderer. Die Geschichte der Grünen sollte in dieser Hinsicht stets mahndendes Beispiel sein.

Die LINKE als feine Stimme der Vernunft?

Warum dann aber doch einer Partei, konkret der LINKEN, beitreten? Man könnte mit einer Punk-Attitüde argumentieren: Eine Organisation, auf die der Mainstream so inbrünstig eindrischt, kann nicht ganz daneben liegen. Aber als Begründung reicht das natürlich nicht. Linker Politik geht es um emanzipatorische Veränderung. Auch wenn in diesem Zusammenhang viele Fragen offen sind, so liegt doch auf der Hand, dass diese Veränderung nur möglich ist, wenn gesellschaftliche Gegenhegemonien entstehen – also die kollektive Vorstellung unterbro-

Im Mai 2011 kam Raul Zelik's Essay »Nach dem Kapitalismus. Perspektiven der Emanzipation oder: Das Projekt Communismus anders denken« bei VSA heraus, im Oktober erscheint sein neuer Roman »Der Eindringling« in der Edition Suhrkamp.

chen wird, die Verhältnisse seien optimal oder doch zumindest alternativlos. In dieser Auseinandersetzung sind wir, als GesellschaftskritikerInnen, immer im Nachteil. Wir haben nicht die finanziellen Ressourcen, um PR-Büros zu beschäftigen oder Führungspersonal heranzuziehen. Und dennoch wirkt die »Praxis von unten«: Die Diskussionen, die am Arbeitsplatz oder in Schulen über die Verteidigung öffentlicher Güter geführt werden, die antirassistischen oder queeren Perspektiven, die über Musik, Filme und Bücher in die gesellschaftlichen Narrationen einsickern, die Straßenproteste, die deutlich machen, dass die Krisenpolitik der europäischen Eliten kein Naturereignis sind – all das geht mit ein in die Alltagsvorstellungen.

Das für mich Erstaunliche ist nun – und damit komme ich zur LINKEN zurück –, dass die Linkspartei in dieser Auseinandersetzung in den vergangenen Jahren eine gute Rolle gespielt hat. Das war für mich auch deshalb überraschend, weil mir die in der LINKEN aufgegangenen Gruppen alle recht fremd waren. Mit den Biografien des ehemaligen SPD-Vorsitzenden Oskar Lafontaine, der KPF-Sprecherin Sahra Wagenkecht, der hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionäre, K-GrüplerInnen und teilweise aus dem DDR-Apparat stammenden PDSlerInnen verbindet mich wenig. Und doch hat diese gescholtene, durcheinandergewürfelte, oft auch bizarre Partei wesentliche Fragen überhaupt erst wieder thematisiert. Ja, wir leben im Kapitalismus; ja, man muss, wenn man Demokratisierung will, auch das Gemeineigentum stärken; ja, es gibt in Deutschland Parteien, die Klasseninteressen vertreten, und es wäre ganz schön, wenn auch die subalternen Klassen über eine solche Organisation verfügten.

Wenn ich die Debatten der letzten Jahre Revue passieren lasse, fühle ich mich fast zu einer Liebeserklärung hingerissen. Aus welchen Reihen stammen die Krisenanalysen, die ein bisschen Tiefgang entwickeln? Wo wird erwähnt, dass der Grüne Kapitalismus – bei aller Sympathie für die Energiewende – keine Lösung sein kann, weil Akkumulation immer auch Wachstum impliziert und Wachstum auf Dauer nicht ökologisch nachhaltig sein kann? Wer hat in den vergangenen Jahren – natürlich »zur Verteidigung der Menschenrechte« – den Einsatz der NATO in erdölreichen Ländern gefordert und wer hat darauf hingewiesen, die NATO sei eben keine Widerstandsarmee, sondern der militärische Zusammenschluss der wichtigsten imperialen Staaten?

Sicher, auch viel Dummes war zu hören. Manches können Linke/LINKE (klein- und großgeschrieben) einfach noch nicht so gut ausdrücken: Es klingt hölzern, harmoniesüchtig oder im Schwarz-Weiß-Denken verhaftet. Aber im Großen und Ganzen habe ich die Linkspartei – ganz unerwartet – im sinnentleerten Konzert des Politikbetriebs doch als feine, dissonante Stimme der Vernunft zu schätzen gelernt.

Mehr als die Summe ihrer Teile

Als Freund Marxscher und Deleuzescher Theorie habe ich eine These, woran das liegen könnte: Eine Verbindung ist stets mehr als die Summe ihrer Teile. Das ist das Schöne an gesellschaftlichen Prozessen: Es entsteht ein Wissen, das über das versammelte Einzelwissen und seine TrägerInnen hinausgeht;

es kommt zu Verschiebungen der Perspektive und neuen produktiven Verbindungen. Die SPD der 1970er Jahre, auf die sich Oskar Lafontaine manchmal positiv beruft, habe ich als Speerspitze der Terrorismushysterie und als »Dachlatten«-Partei in Erinnerung. Aber wer wollte leugnen, dass es auch in dieser herrschaftstechnisch eingebundenen Sozialdemokratie emanzipatorische Praxis gab, die in einem neuen Kontext produktiv werden kann. Über die Widersprüche, die meinen politischen Werdegang charakterisieren, werden andere hoffentlich Ähnliches sagen.

Es stimmt, dass sich verschiedene Erfahrungen auch gegenseitig blockieren können – nämlich dann, wenn sich alle in ihren identitären Gewissheiten vergraben. Doch genau deshalb ist die These der »fragenden, lernenden Partei« nicht nur sympathisch, sondern v.a. auch richtig. Im 20. Jahrhundert sind ganz unterschiedliche Emanzipationsstrategien gescheitert oder an ihre Grenzen gestoßen – das gilt für reformistische und revolutionäre Ansätze ganz ähnlich wie für die Transformationspraktiken der sozialen Bewegungen oder die Künstlerkritik. Wir brauchen aber ein neues Projekt der Befreiung, das einen demokratisch-solidarisch-internationalen Ausweg aus den kapitalistischen Verhältnissen weisen kann. Also auch Orte, an denen sich unterschiedliche Erfahrungen in einem veränderten Kontext neu formulieren können.

Ich habe natürlich keine Ahnung, ob die LINKE wirklich einer dieser Orte sein wird. Aber immerhin lässt sich beobachten, dass im Umfeld der Rosa-Luxemburg-Stiftung, die es ohne die Partei nicht gäbe, manches von dem zusammengefunden hat, was mir wichtig erscheint. Und ich glaube, es ist auch mehr als ein machtpolitisch bedingter Unfall, dass Katja Kipping und Bernd Riexinger Vorsitzende der LINKEN geworden sind. Über Kipping ist schon viel Positives gesagt worden, deshalb zu Riexinger: Wer in den 1990er Jahren in sozialen Bewegungen aktiv war und einen Ansprechpartner in den Gewerkschaften suchte, ist immer auch auf den Kollegen Riexinger gestoßen. Der Mann ist eben kein Gewerkschaftsfunktionär«, wie viele Journalisten kolportiert haben. Innerhalb der deutschen Gewerkschaften war er stets eine Ausnahmeerscheinung. Ein Gewerkschaftsaktivist, der verstanden hat, dass es nicht allein um die Verteidigung männlicher, deutscher Kernbelegschaften geht, und dass Gewerkschaften nicht Versicherungsorganisationen, sondern Orte der aktiven sozialen Praxis sein sollten.

Es ist möglich und sogar wahrscheinlich, dass die kapitalistische Krise in den nächsten Monaten eine neue, sehr bedrohliche Situation in Europa herstellen wird. Umso mehr brauchen wir Orte, an denen Widerstand – von ArbeitnehmerInnen und Prekarisierten, von sozialer Linker und Künstlerkritik, von antirassistischen Gruppen, Feministinnen, RentnerInnen und Arbeitslosen – miteinander ins Gespräch kommen kann. Wir brauchen eine gesellschaftliche Linke, die soziale Auseinandersetzungen führt, und in ihr die plurale LINKE, an der man medial nicht vorbeikann. Mich beschäftigt dabei weniger die Frage, wann die LINKE bei Wahlen wieder gewinnt, als dass sie als Ort der gemeinsamen Praxis funktioniert, in der sich Erfahrungen neu zusammensetzen und gesellschaftlich etwas bewegen können.

»Bettelampeln« – noch mindestens fünf Jahre

von Heike Sudmann



Auf dem Weg in die autogerechte Stadt (Foto: Museum der Arbeit)

Ampeln, an denen FußgängerInnen »Grün« anfordern können, gibt es schon lange in Hamburg. Sie stehen an bestimmten Gefahrenpunkten, wo sie abseits von beampelten Kreuzungen eine gefahrlose Querung der Straße ermöglichen sollen.

Vor fast zehn Jahren hat der CDU-geführte Senat eine fiese Abart dieser Anforderungsampeln eingeführt: Ampelanlagen an Kreuzungen, die bisher »Grün« gleichzeitig für den Auto- und den Fuß- und Radverkehr in eine Richtung anzeigten, wurden umgebaut. Nun hatten zwar die AutofahrerInnen der einen Richtung weiterhin »Grün«, die FußgängerInnen und RadfahrerInnen mit derselben Richtung bekamen nur noch das grüne Signal, wenn sie vorher den Ampelknopf betätigten. Und vorher meint hier: vor Beginn einer Grünphase. Wer den »Anforderungstaster« (so heißt das Ding im Amtsdeutsch) erst während der Grünphase für den Autoverkehr betätigt, muss stehen bleiben, bis die nächste Grünphase kommt. Kein

Wunder also, dass diese Ampeln mit dem politischen Kampfbegriff »Bettelampeln« belegt wurden. Der minimale Zeitgewinn des Autoverkehrs rechtfertigt nämlich in keiner Weise die Behinderungen für den nichtmotorisierten Verkehr.

Von den 114 Bettelampeln wurden seit März 2011 erst 18 abgeschafft, mindestens fünf weitere Jahre soll der komplette Abbau dauern, so der Senat in der Antwort auf meine Anfrage (Drucksache 20/4429). RadfahrerInnen und FußgängerInnen sind von der Ungerechtigkeit und Bettelei an den Ampeln genervt. Der Erste Bürgermeister hat bei der »Stadtwerkstatt« im Mai 2012 eine Demokratisierung im Straßenraum eingefordert. Die kann er sofort haben, wenn er aus FußgängerInnen und RadfahrerInnen nicht länger VerkehrsteilnehmerInnen zweiter Klasse macht. Die Bettelampeln müssen umgehend weg!

»Die Stadt und das Auto«

So ist eine Ausstellung überschrieben, die noch bis zum 23. September im Museum der Arbeit (Wiesendamm 3) gezeigt wird. Es geht dabei um die Frage, »wie der Verkehr Hamburg veränderte«. Der weit gespannte Bogen der Ausstellung setzt viele kritische Akzente und macht deutlich, was es mit den Planungen der 1950/60er Jahre für eine »autogerechte Stadt« als oberstem Leitgedanken der Verkehrs- und Stadtentwicklungspolitik auf sich hatte. Empfehlenswert ist nicht nur ein Besuch der Ausstellung, sondern auch der mit etlichen Schwarz-Weiß-Bildern angereicherte Ausstellungsband (210 Seiten, Dölling und Galitz Verlag, 29,90 Euro).

Heike Sudmann lädt alle Interessierten ein zu einer Führung durch die Ausstellung am **Sonntag, den 16.**

September, 11 Uhr. Die Kosten für die kundige Führung durch Mario Bäumer übernehmen wir, bleibt noch der Eintritt zu je vier Euro pro Person. Bitte kurz anmelden per E-Mail an heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de oder unter Tel. 42 831-23 87 (Antje Schellner, Fraktionsbüro).

Warum in die Ferne schweifen?



Stadterkundung 2011: Vor dem Männerwohnheim Rehhoffstraße (Foto: Michael Joho)

Politik braucht Bodenhaftung, und so werden wir in den nächsten Monaten zu Fuß oder per Rad wieder verschiedene Stadtteile besuchen. Wir würden uns freuen, wenn viele Interessierte an den selbstverständlich kostenfreien Unternehmungen teilnehmen würden (bitte kurz anmelden unter Tel. 42 831-23 87, Fraktionsbüro). Derzeit stehen folgende Termine fest:

Stadtteilbezogene Erkundungen per pedes mit Tim Golke und ExpertInnen aus Stadtteilinitiativen:

- Dienstag, 11.9., 17.00 Uhr, vor dem Ledigenwohnheim, Rehhoffstraße 1:
Leben und Alltag in der Neustadt
Rundgang mit der ROS-Stadtteilinitiative Rehhoffstraße
- Donnerstag, 20.9., 17.00 Uhr, vor der Galerie Kammer, Münzplatz 11:
Kunst – Soziales – StadtteilUMgestaltung
Rundgang mit der Münzviertel-Initiative durch ihr Quartier

- Freitag, 28.9., 17.00 Uhr, U2-Station Horner Rennbahn, Ausgang Gojenboom

Von Horner Freiheit und Neuer Mitte

Stadtteilrundgang durch Horn-Mitte mit dem Stadtteilverein und der Geschichtswerkstatt Horn

- Sonntag, 14.10., 16.00 Uhr, ab U-Bahnhof Burgstraße:
Abrisse und Neubauten: wer profitiert?
Die Klaus-Groth-Straße und Umgebung –
Rundgang mit dem Stadtteilarchiv Hamm

Eine **Radtour durch den Norden von Wandsbek** (und darüber hinaus) mit Heike Sudmann und Aktiven vor Ort gibt es am **Freitag, den 17.8., 16 Uhr**, U-Bahnhof Volksdorf/Marktseite. Stationen sind: Buchenkamp, (ca. 16.30 Uhr), »Allmende« Bornkampsweg, (17.30 Uhr); Ohlstedt/ Bredenbekkamp (18.00 Uhr), Neubaugebiete in Lemsahl, Fiersbarg/Spechtort (19 Uhr). Letzte Station vor der S-Bahn Poppenbüttel ist die Strengesiedlung. Anmeldungen oder Rückfragen über den Regionalsprecher Rainer Behrens, Tel.: 040/607 11 65, rainer.behrens@linksfraktion-wandsbek.de.

Gegen den Ausverkauf des Karo Viertels



In der Marktstraße (Foto: reguläre Gentrification)

In großer Einigkeit stimmten am 29. September 2011 die SPD, GAL und CDU dafür (also gegen die FDP und DIE LINKE), die seit 1988 im Treuhandeigentum der »steg Stadterneuerungs- und Stadtentwicklungsgesellschaft Hamburg mbH« befindlichen 923 Wohnungen und 201 Gewerbeeinheiten in Bälde an die SAGA GWG zu übertragen (Bürgerschafts-Drucksache 20/1701 vom 28.9.2011). Das war ein Schlag ins Gesicht vieler BewohnerInnen des Karo Viertels, die im Oktober 2011 endgültig die »MieterInnen Genossenschaft Karolinenviertel i.Gr.« ins Leben riefen, um das »Karo Viertel in Eigenregie zu übernehmen und für dauerhaft bezahlbare Mieten zu sorgen« (MOPO vom 19.12.2011). Immerhin, im Antrag der Großen Bürgerschaftskoalition hieß es, dass »im Rahmen der vorhandenen Förderprogramme genossenschaftliche Initiativen zu unterstützen« seien, »soweit die genannten sozialen Anforderungen erfüllt sind«. In einem »an die MieterInnen und Mieter im Karo Viertel« gerichteten Schreiben vom 12. Oktober 2011 versprach der inzwischen zum Leiter des Bezirksamts Hamburg-Mitte avancierte SPD-Abgeordnete Andy Grote zudem: »Dort wo die MieterInnen und Mieter eines Hauses dies wollen, wird der Erwerb des Hauses durch eine Mietergenossenschaft mit einem gesonderten öffentlichen Förderprogramm unterstützt.«

Rund 150 GenossInnen zählt die MieterInnen Genossenschaft (Näheres unter www.karogenossenschaft.de) inzwischen, aber von einer Realisierung ihrer Wünsche sind sie recht weit entfernt. Der Senat hält nämlich an seinem Plan

fest, den gesamten Treuhand-Bestand der steg an das städtische Wohnungsunternehmen SAGA GWG zu veräußern. Zu ahnen war das schon, als der Senat auf eine Anfrage der Linksfraktion, was er denn zur Umsetzung des Beschlusses vom 29. September 2011 hinsichtlich des Bekanntmachens genossenschaftlicher Förderprogramme im Quartier unternehmen habe, am 20. März 2012 lapidar antwortete, dass entsprechende Dokumente ja im Netz zu finden »und somit für jedermann zur Information frei zugänglich« seien. »Eine gesonderte Bekanntmachung war insoweit entbehrlich.« (Bürgerschafts-Drucksache 20/3520 vom 20.3.2012) Keinerlei Bemühungen also, der Karo Genossenschaft eine ernsthafte Chance einzuräumen!

Der Senat bereitet gegenwärtig eine Drucksache vor, in der er den Großteil des Bestandes, nämlich knapp 90% der Wohn- und nahezu die Hälfte der Gewerbeeinheiten, in das Eigentum der SAGA GWG überführen will. Das Gros der restlichen Einheiten soll bis auf Weiteres treuhänderisch bei der steg verbleiben, da in diesen Fällen die Sanierung noch nicht abgeschlossen ist. Sämtliche Objekte sollen nach Auslaufen des Sanierungsgebietes Ende 2013 angeblich für weitere acht Jahre von der steg verwaltet werden. Von konkreten Vereinbarungen mit der MieterInnen Genossenschaft ist dagegen nichts zu hören, allenfalls, dass eine Genossenschaft ja später mal mit der SAGA GWG über einen Kauf verhandeln könne...

Mittlerweile hat sich der Protest im Karo Viertel gegen die hier und da bereits feststellbaren Horrormieten und die

schleichende Verdrängung formiert. Zur Veranschaulichung der aktuellen Entwicklungen dokumentieren wir hier einen Aufruf zur Gründung einer Karo Viertel-Initiative, der in diesen Tagen im Quartier verbreitet wird.

Die Linksfraktion wird jedenfalls ihrem Kurs treu bleiben, die Berücksichtigung des Genossenschaftsmodells in der Bürgerschaft einzufordern.

Gegen Horrormieten und Verdrängung!



- **Der Ausverkauf des Karo Viertels muss gestoppt werden!**
 - Kommt alle am **8.8.2012 um 19 Uhr** ins **Centro Sociale, Sternstraße 2.**
- Wir wollen eine Karo Viertel-Konferenz ins Leben rufen, gemeinsam Forderungen formulieren und gezielte Aktionen planen.

Beteiligung statt Planung von oben

Verlängerung des Sanierungsverfahrens

Keine Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen

Erhalt der Turnerstraße 10-16

Festsetzung von Mietobergrenzen

Verlängerung von bestehenden Mietpreisbindungen

Ernsthafte Verhandlungen mit der Karogenossenschaft

Keine Luxussanierungen

Weiterführung des Sanierungsbeirats

Initiiert durch: MieterInnen-genossenschaft Karolinenviertel. Unterstützt von: Argument-Verlag mit Ariadne, Centro Sociale, Hinterconti, KAROLA-Internationaler Treffpunkt für Frauen und Mädchen e.V., Keimzelle, Lesbenverein Intervention, Markthof e.G., Theater Orange, Unser! Areal, Verkehrsinitiative Karolinenviertel, Kunstverein St. Pauli, weitere UnterstützerInnen sind angefragt.

Liebe Leute,

das ist alarmierend: **15 € pro Quadratmeter** (netto kalt), diese Miete ist **schon heute Realität** im Mehrfamilienhaus des schwedischen Großinvestors AKELIUS GmbH in der Marktstraße. Auch andere Wohnhäuser sind in der letzten Zeit von Privatbesitzern an Investoren verkauft worden. In der Grabenstraße sollten Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt werden. Das konnte verhindert werden. Aber es ist davon auszugehen, dass noch mehr Spekulanten in den Startlöchern stehen, denn im Karo Viertel ist eine hohe Rendite zu erwarten. Nicht nur Privatbesitzer, auch die Stadt Hamburg möchte von den Gewinnen profitieren.

Im **September 2012** will der Senat über **800 Wohnungen** im Karo Viertel, die zur Zeit noch treuhänderisch von der STEG verwaltet werden, an die stadteigene SAGA GWG **verkaufen**. Über 80 Millionen Euro soll die SAGA GWG für den Wohnungsbestand an die Stadt zahlen. Mit diesem Geld und den zukünftigen Gewinnen will der Senat die **Haushaltslöcher stopfen**. Es ist sicher, dass die Mieten erheblich steigen, wenn der Verkauf der Häuser nicht verhindert wird.

Für **350 Wohnungen** gelten schon jetzt **keine Mietpreisbindungen** mehr, die Durchschnittsmiete in den STEG-Häusern liegt inzwischen bei über 7 € pro Quadratmeter (netto kalt). Auch **Gewerbetreibende**, die sich bisher wegen der günstigen Ladenmieten halten konnten, sind vor deftigen Mietpreissteigerungen **nicht sicher**.

Obwohl die Sanierung von 19 Häusern und andere Sanierungsmaßnahmen noch nicht abgeschlossen sind und das Sanierungsgebiet noch bis zum 31.12.2013 läuft, soll der Sanierungsbeirat Karo Viertel bereits am 20.9.2012 das letzte Mal tagen. Ob es weiterhin ein Gremium geben wird, in dem Anwohner_innen ihre Interessen gegenüber dem Bezirk Hamburg-Mitte wirksam vertreten können, hängt vor allem von der Initiative der Menschen ab, die hier wohnen. Das nächste Treffen der Initiativegruppe Sanierungsbeirat Karolinenviertel findet am Tag nach unserer Centro-Versammlung statt.

- **Keine Spekulation mit unseren Lebensgrundlagen!**
 - **Sofortige ernsthafte Verhandlungen mit der Karogenossenschaft zur Übernahme von Wohnungen!!**
 - **Schaffung von wirksamen Strukturen zur politischen Einflussnahme und Mitgestaltung des Karo Viertels!**
- 

Gentrifizierung zerstört Lebenswege

Von Michael Joho



Lange Reihe: Anlass für Protest (Foto: Michael Joho)

In der zweiten Augushälfte wird die Linksfraktion eine Große Anfrage bei der Bürgerschaftskanzlei einbringen. Darin werden gut 50 Fragen zum Thema »Phänomene und Auswirkungen der Gentrifizierung und Segregation« gestellt, für deren Beantwortung der Senat vier Wochen Zeit hat. Schon einmal war es der Fraktion gelungen, eine intensive, viele Monate anhaltende Debatte zu diesem Komplex anzufachen, als im November 2009 die Große Anfrage »Gentrifizierung oder: Aufwertung und Verdrängung in Hamburger Stadtteilen« (Drucksache 19/4468 vom 24.11.2009) eingebracht worden war. Kaum glaublich, aber bis zu diesem Zeitpunkt hatte sich die Bürgerschaft noch nie mit den Erscheinungen der Gentrifizierung (Aufwertung und Verdrängung) bzw. der Segregation (soziale Entmischung von Stadtteilen) beschäftigt. Bei dieser zweiten Großen Anfrage stehen nun nicht mehr nur die innenstadtnahen Quartiere zur Disposition, vielfältig gefragt wird vor allem nach den umfassenderen Auswirkungen: nach den Stadtteilen, in die die Menschen verdrängt werden, nach den Auswirkungen des völlig unzureichenden Baus von (öffentlich geförderten) Wohnungen auf den Mietensinn (statt großmäulig vom Senat angekündigten 6.000 neuen Wohnungen werden es im Jahr 2012 gerade 4.000, rund 270 mehr als im Vorjahr), nach den verdrängten Menschen, die ihre angestammte Umgebung verlassen mussten usw.

Über die Senats-Antworten und die daraus zu ziehenden Schlussfolgerungen werden wir im BürgerInnenbrief berichten. Ich will mich nachfolgend nur auf eine noch viel zu wenig beleuchtete Seite einlassen, nämlich die Frage, was Gentrifizierung eigentlich mit Menschen, also auch mit mir »macht« (der ich schon einmal nach 27 Jahren aus einer umgewandelten Wohnung rausgeflogen und gerade, in der neuen Wohnung, mit einer 17,6%igen Mieterhöhung konfrontiert bin). Ich habe es – zynisch formuliert – recht einfach, lebe ich doch seit 30 Jahren in St. Georg, wo seit Ende der 1990er Jahre vielfältig über Gentrifizierung gestritten wird und ihre Auswirkungen seit einem guten Jahrzehnt zu beobachten und oft ge-

nug am eigenen Leibe zu erfahren sind. Ich berichte nur von Erlebnissen eines einzigen Tages, von Begegnungen mit Menschen, die mich mal frustriert, mal nachdenklich, aber immer wütend sein lassen.

Eines Donnerstags wurde ich morgens von einem Bekannten aus der Gurlittstraße angerufen, Bewohner eines Hauses, das seit nahezu acht Jahren von einem Gerüst verdeckt ist, was inzwischen mehrere der ehemaligen MieterInnen vertrieben hat. Acht Jahre lang hat der zuständige Bezirk Mitte, ohne mit der Wimper zu zucken, rund 20mal der Verlängerung des Gerüsts zugestimmt, sinnbildlich ist dafür das Schild, auf dem die neue Fristverlängerung nur noch mit einem Filzstift aufgetragen wird. Die »wirklich allerletzte« Frist sollte der 30. Juli 2012 sein, an diesem Tag sah ich später noch, dass handschriftlich schon wieder der 14. August notiert wurde. Der Bewohner beklagte sich über diese unerträgliche Situation, über die Dunkelheit, den Dreck und eine Vermieterin, die es offenbar darauf anlegt, auch noch die verbliebenen MieterInnen zu vertreiben, um Platz zu schaffen für eine Klientel, die bei Neuvermietung (oder Verkauf?) erheblich mehr Geld für den Quadratmeter zahlen dürfte. Im Gespräch mit dem Bewohner war deutlich zu spüren, wie ausgelaugt er von den jahrelangen Querelen ist, und ich, der ich immer gerne propagiere, alles auszuhalten und auszuharren, biss mir auf die Zunge, einen solchen Spruch zum zehnten Mal rauszuposaunen. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis dieser Mieter endgültig die Segel streicht.

Wie es der Zufall so will, habe ich mit der Gurlittstraße an diesem Tag noch ein zweites Mal zu tun. Nachmittags habe ich eine Verabredung mit einem Bewohner des gegenüber gelegenen Wohnhauses. Schier unglaublich, was sich da abspielt. Das Haus wird systematisch entmietet, nur noch wenige MieterInnen haben sich gehalten. Zum Jahresende soll es mieterfrei verkauft bzw. zu Eigentumswohnungen zu jeweils rund einer halben Million Euro zerlegt werden. Mitten im Sozialen Erhaltungssatzungsgebiet! Eine Kleine Anfrage der

Linksfraktion hat jetzt immerhin zu dieser Aussage geführt: »Das zuständige Bezirksamt nimmt den Hinweis aus der Fragestellung zum Anlass, umgehend Kontakt zu dem Eigentümer aufzunehmen...« (Drucksache 20/4757 vom 31.7.2012) Seit rund 25 Jahren wohnt der Mieter in St. Georg und hat den »Wandel« mitbekommen, jetzt auch hautnah. Er will nicht weg, sieht sich aber dem massiven Druck des Eigentümers ausgesetzt, der mal eben eine Mieterhöhung von mehreren hundert Euro mittelfristig ankündigt und – wie nett – mitteilt, er habe da ein paar andere Wohnungen im Köcher. Was soll ich empfehlen? Kämpfen, bis einem die Tür vernagelt wird? Die zu erwartenden, sich über viele Monate hinziehenden Sanierungsarbeiten ausblenden? Die anstehenden »Wohnungsbesichtigungen« klaglos zu erdulden oder sarkastisch zu kommentieren? Wieder stehe ich vor der bitteren Erkenntnis: Wir kriegen nicht einmal die schlimmsten Auswirkungen, die terroristische Verdrängung von Menschen aus ihrer gewohnten, geliebten Umgebung, verhindert. Es treibt mir regelmäßig die Zornesröte ins Gesicht, wenn dann irgendwelche Leute – sozialdemokratische Bezirksabgeordnete, hiesige Bürgervereinsvertreter, gar der Wohnungsstaatsrat Michael Sachs oder kürzlich der stadtentwicklungspolitische »Experte« des »Abendblatts«, Oliver Schirg – darüber schwadronieren, Stadt(teile) würde(n) sich eben immer verändern und wohnen könne man ja schließlich auch anderswo. Wohnung ist Heimat, ist die kleine Burg in einer Welt, die eben nicht nur von Rosen bewachsen ist. Eine Straße, in der mensch womöglich seit Jahrzehnten – gerne – wohnt, ist nicht nur eine x-beliebige Adresse, sie ist Umgebung, das umfasst NachbarInnen, die Kneipe, den sozialen Zusammenhang, die Schule für die Kinder, den Laden fürs Abendessen und manches mehr.

Von der Gurlittstraße mache ich noch einen Abstecher auf die Lange Reihe, gerade wieder »bestens« gestimmt auf die Spekulanten, den Bezirk und den Senat, die das alles maßgeblich verursacht oder wenigstens zugelassen haben. Und ich kehre in der Buchhandlung Wohlers ein. Sie ist mittlerweile bundesweit zum Synonym für den Mietenwahnsinn in diesem Viertel, ja in ganz Hamburg geworden. Ein Blick in die Zeitung reicht, um das zu belegen, beispielsweise in die »Frankfurter Allgemeine« vom 3. August. Dort lese ich, dass Hamburgs Immobilien, speziell die Eigentumswohnungen, seit 2003 um 31% teurer geworden sind (im Bundesdurchschnitt 10,5%), nach Berlin mit 39% die zweithöchste Steigerungsrate in der Bundesrepublik. Und was für die Eigentumswohnungen gilt, trifft für die Mietwohnungen nicht minder zu. »Betongold« ist das Thema, eine der vielen Schattenseiten der anhaltenden kapitalistischen Wirtschafts- und Finanzkrise.

Doch zurück zur Buchhandlung. Ich spreche mit dem Inhaber, der sein Geschäft in dritter Generation führt; seit 79 Jahren sind die Wohlers in St. Georg präsent. Der Vermieter heißt Frank Jendrusch, vor etlichen Jahren mit dem ehemaligen FDP-Fraktionsvorsitzenden Frank-Michael Wiegand in der Firma »Jendrusch & Partner« verbandelt, die wiederum mit dem Scientologen Götz Brase zusammenarbeitete (MOPO vom 6.3.1991). Ein Schelm, der Böses dabei denkt. Die Stimmung im Laden ist, wie schon seit Wochen, bedrückt. Nie-

mand hat sich hier noch vor drei Monaten vorstellen können, dass zum Jahresende einfach Schluss sein könnte. Der Buchhändler ohne Laden, die Angestellten ohne Job. Wie hat es der Schauspieler Rolf Becker auf der Solidaritäts-Demonstration des Einwohnervereins am 6. Juni vor über 800 empörten St. GeorgerInnen so treffend ausgeführt? »Wer bei Wohlers ein Buch klaut, macht sich strafbar. Wer, wie Herr Jendrusch, den ganzen Buchladen platt macht, gilt als ehrlicher Makler.« Er könne nicht mehr gut schlafen in den letzten Wochen, erfahre ich von Jürgen Wohlers, einem mir seit Jahrzehnten bekannten, zutiefst seriösen und friedlichen Menschen. Bei der Demo zum Erhalt der Buchhandlung und gegen den Mietenwahnsinn bedankte er sich bei den Versammelten und meinte, es sei ihm in den Tagen zuvor klar geworden, wie sehr er mit dem Stadtteil verwachsen sei, mehr konnte er nicht sagen, er war den Tränen nahe. Das sind rührende Momente, die auch mich schlucken, aber auch die verzweifelte Stimme erheben lassen, dass das so doch nicht immer weiter laufen kann. Da schreibt mir eine Genossin der LINKEN, das sei eben so im Kapitalismus. Recht hat sie ja, aber hilfreich ist das auch nicht wirklich.

Gentrifizierung zerstört Lebenswege, Lebensentwürfe, vertreibt MieterInnen aus ihren gewohnten Zusammenhängen, treibt kleine Gewerbetreibende in den Ruin bzw. in die Perspektivlosigkeit. Es ist an der Zeit, dass der Senat den Spekulanten in die Seite grätscht und andere Regeln einzieht. Doch in dieser Hinsicht bin ich recht hoffnungslos. Denn dieser Senat, dieser Bezirk wird keine Änderungen herbeiführen, weil er sie nicht wirklich herbeiführen will. Gut zehn Jahre hat die SPD den Erlass einer Sozialen Erhaltungssatzung planmäßig unterlaufen, erst jetzt, wo 600 bis 700 von insgesamt 5.000 Wohnungen in edle Eigentumswohnungen umgewandelt sind, kommt sie. Jahrelang hat sich der zwischenzeitlich gegangene Bezirksamtsleiter für die Verdrängung der »störenden Elemente«, der Alkoholkonsumierenden, der Obdachlosen, der Prostituierten, der Armen vom Hauptbahnhof und vom Hansaplatz stark gemacht, jetzt verdealt er als Makler der »Außenalster WPB Holding« einen repräsentativen Gründerzeitbau am Hansaplatz, der zu teuersten Eigentumswohnungen umgewandelt wird. Bei so viel Geschmäcke könnte ich glatt... Da verfolgt der Bezirk seit zig Jahren das Konzept einer »Visitenkarte Hauptbahnhof(viertel)«, winkt ein Hotel nach dem anderen durch (bis zu 20.000 Hotelbetten gibt es mittlerweile in St. Georg, bei 10.000 BewohnerInnen) und erklärt die Lange Reihe mal eben zur Straße für Außengastronomie und Eventpublikum. Verdrängung durch Mietenwahnsinn? Hunderte notgedrungen weggezogene Menschen, Familien mit weniger Einkommen? Belästigungen durch nächtlichen Lärm? Vernichtung des örtlichen Kleingewerbes? Alles kein wirkliches Thema für die Regierenden, allenfalls Anlass für ein paar Krokodilstränen, die in Interviews öffentlichkeitswirksam fließen. Nein, ich bleibe dabei: Ein grundlegender Richtungswechsel muss her, um die Lebensinteressen, die Bedürfnisse von Menschen zu schützen. Doch der steht leider nicht zu erwarten. Da werde ich also zwischen Frust, Nachdenklichkeit und permanenter Wut weitermachen müssen.

Kulturipp: Rotes Sommerkino



Foto: Concorde Filmverleih

Bereits zum vierten Mal wird der Hammer Park zum Schauplatz des Roten Sommerkinos. In einem Stadtteil, der von Aufwertungstendenzen ebenfalls nicht verschont wird, der aber immer noch ohne Kino auskommen muss, sind diese kostenfreien Filmvorführungen unter freiem Himmel ein beliebtes Ereignis im Jahreskalender.

Die Stadtteilgruppe Hamm, Horn, Borgfelde der LINKEN veranstaltet das Sommerkino in Kooperation mit dem Hamburger Bundestagsabgeordneten Jan van Aken am Freitag, den 31. August.

Gezeigt wird in diesem Jahr die Komödie **»Almanya – Willkommen in Deutschland«**. Im Zentrum steht der 1.000.001 türkische »Gastarbeiter« Hüseyin Yilmaz, der Ende der 1960er Jahre in die Bundesrepublik kommt. Er wundert sich über Toiletten mit Sitz, über Riesenratten an der Leine und fühlt sich ausgeschlossen, wenn die eigenen Kinder lieber in der frem-

den, statt in ihrer Muttersprache reden und Weihnachten toll finden. Doch trotz aller Widrigkeiten: Der »Gast« bleibt und findet zusammen mit seiner Familie eine neue Heimat.

Almanya – Willkommen in Deutschland erzählt mit viel Humor und Einfühlungsvermögen diese Geschichte von Hüseyin Yilmaz und seiner Familie – und das über einen Zeitraum von 45 Jahren. Der sehr persönliche Film der Samdereli-Schwestern beruht zum Teil auf eigenen Erlebnissen, die den Zuschauer auf unterhaltsame Weise teilhaben lassen an einer Welt zwischen Orient und Okzident, an einer großen kultur- und generationenübergreifenden Familie.

Das Rote Sommerkino beginnt um 19 Uhr mit Musik & Grillen (auch vegetarisch) und Getränken zum Selbstkostenpreis. Um 20.30 Uhr startet der Film. Also: Kommt am 31.8. mit Kind & Kegel in den Hammer Park und bringt gutes Wetter mit!

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de oder tim.golke@linksfraktion.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Bucceriusstr. 2, 20095 Hamburg; BürgerInnenbüro Tim Golke MdHB, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg.